
"Die bösen Geister zeigen sich heute in neuem Gewand. Mehr noch: Sie präsentieren ihr antisemitisches, ihr völkisches, ihr autoritäres Denken als Antwort für die Zukunft, als neue Lösung für die Probleme unserer Zeit."

Frank - Walter Steinmeier, Yad Vashem 23. 1. 2020

Statement zu rechtsextremen Einstellungen und dem Erstarken extrem-rechter Parteien und Bewegungen in Deutschland

Institutionelle Voraussetzungen

Der Vorstand der Deutschen Psychoanalytischen Vereinigung (DPV) hat sich in ihrer Vereinsatzung verpflichtet, „die Wissenschaft und Forschung der von Sigmund Freud begründeten Wissenschaft der Psychoanalyse“ zu fördern.

Nach Freuds Auffassung teilt die Psychoanalyse als Wissenschaft und Therapie die Werte und Ziele einer modernen wissenschaftlichen Weltanschauung und strebt nach Aufklärung und Gleichberechtigung aller Menschen. Die DPV ist mit diesem Bezug auf den Begründer der Psychoanalyse mit den Zielen einer liberalen Demokratie identifiziert und ist deshalb als Verein der im Grundgesetz festgelegten liberalen und freiheitlich-demokratischen Grundordnung verpflichtet. Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland ist in Folge der staatlichen Willkür des Dritten Reiches darauf ausgerichtet, der Gesellschaft einen Rahmen zu geben, der sich auf die Menschenrechte bezieht und gleichzeitig sämtliche gesellschaftlichen Institutionen in die Pflicht nimmt, die *Würde jedes Menschen vor der staatlichen Autorität* zu schützen und einer erneuten Entwicklung zu einem Unrechtsstaat in Deutschland entgegen zu wirken.

Die Geschichte der Bundesrepublik ist durch die Schwierigkeiten geprägt, die Schuld und Verantwortung für den Holocaust und den Angriffs- und Vernichtungskrieg Nazi-Deutschlands zu übernehmen, der Opfer zu gedenken und daraus eine ethische Verpflichtung für gegenwärtiges Denken und Handeln abzuleiten.

Psychoanalyse und Politik

Wenn eine psychoanalytische Fachgesellschaft eine Stellungnahme zu den neuen rechtsradikalen Bewegungen auf dem Weg zum Rechtsextremismus abgeben will, muss sie versuchen, die unbewussten Motive der Wähler, Parteimitglieder und Sympathisanten zu erfassen (vgl. Decker & Brähler 2018, Lohl & Moré 2014). Das ist in mehrfacher Weise eine komplizierte Aufgabe, denn die psychoanalytische Methode verlangt, dass jede radikale, gar extreme Bildung in ein Kontinuum (Hardt 2017) gestellt werden muss, wenn ihr unbewusster Hintergrund erfasst werden soll. Dies ist die Aufgabe einer psychoanalytischen Forschung in der Tradition der politischen Psychoanalyse. Darüber hinaus muss sie ihre *eigene Position* zu dem Phänomen, so weit möglich, kennen, um nicht durch eigene, innere Vorgänge in der Wahrnehmung des Phänomens behindert zu werden.

Eine neutrale und nicht primär zielgerichtete Position einzunehmen, eine der Psychoanalyse eigentlich angemessene Forschungsposition, ist in diesem Feld kaum möglich.

Auch in politischen Fragen gilt, wie im gesamten Forschungsfeld der Psychoanalyse, dass jegliche Bildung als Phänomen oder Symptom gekennzeichnet und in einer Reihe mit normalpsychologischen, seelischen Produktionen stehend aufgefasst werden muss. Dem steht die von den rechten Gruppen empfundene und stilisierte politische Ausgrenzung und Ächtung des zu untersuchenden Forschungsobjektes entgegen. Bei aller verständlichen Abgrenzung ist es aber im psychoanalyti-

schen Forschungsprozess erforderlich, jeglicher Bildung mit einer Form von „Sympathie“ zu begegnen, d.h. sie als eine Produktion anzuerkennen, die in einem angegebenen Sinnzusammenhang steht und die bei allem Befremden und Widerstreben sich der Forschende zu eigen machen muss, um die verstehbare Logik darin zu entdecken.

Ferenczis bekanntes Motto „Ohne Sympathie keine Heilung“ findet so im Forschungsprozess der Psychoanalyse eine Entsprechung: „Ohne Sympathie kein tieferes Verstehen“. So rückt der psychoanalytische Forscher, der sich um Verständnis der unbewussten Motive des Rechtsradikalismus bemüht, vermeintlich in die Nähe von „Sympathisanten“ und wird damit kritisch betrachtet. Die Folge ist die Schwierigkeit in der psychoanalytischen Gemeinschaft, zu brennenden Zeitfragen Stellung zu nehmen (Decker, Rothe und Brosig 2007).

Aktuelle Tabubrüche: vom Rechtskonservatismus zum Rechtsextremismus

Die derzeit sich häufenden politischen Provokationen der AfD sind durch Tabubrüche gekennzeichnet, die Zurückweisung, Verleugnung oder Projektion von Schuld zum Ziel haben: so die Bezeichnung des Holocaustdenkmals als „Denkmal der Schande“ (Höcke 2017) und des Dritten Reiches als „Vogelschiss“ der deutschen Geschichte (Gauland 2018) sowie die Diskriminierung von seelisch Kranken und Migranten unter dem Aspekt des volkswirtschaftlichen Schadens und der Sicherheit (Drucksache Dt. Bundestag 19/12218 und, im Ton verschärft, in Drucksache 19/14807, Kritik u. a. bei Bühnen 2019 im Deutschen Ärzteblatt). Diese verleugnende Haltung, in Gemeinschaft mit der Einnahme einer Opferhaltung in Reaktion auf Abgrenzung und Protest gegenüber diesen oder ähnlichen Äußerungen, führt dazu, dass Täter zum Opfer um-deklariert werden, als sei ihnen selbst schweres Unrecht geschehen. Nach dieser Logik stellen sich Täter als Opfer dar. Diese und weitere kalkulierte Tabubrüche öffnen das Tor zum Rechtsextremismus.

Ethik der Psychoanalytischen Gemeinschaft

Generell gilt, dass die Aufnahmekriterien in einen Verein von den Vereinsmitgliedern weitgehend selbst festgelegt werden können. Sie dürfen aber den Bestimmungen des Grundgesetzes nicht widersprechen. So ist jede Diskriminierung wegen einer bestimmten Religionszugehörigkeit, sexuellen Orientierung, ethnischen Herkunft oder einer Parteizugehörigkeit nicht statthaft.

Die Aufnahme in die DPV ist aber zugleich ein Qualifizierungsprozess, der in ein Kolloquium mündet, in dem der/die betreffende Kandidat/in nachweisen muss, ob er/sie den Anforderungen des Berufes eines/r Psychoanalytikers/in gewachsen ist. Wenn diese Qualifikation belegbar nicht erreicht wird oder zweifelhaft ist, ist eine Aufnahme in die DPV nicht möglich oder es erlischt die Zugehörigkeit zur DPV nach sorgfältiger fachlicher Überprüfung. Zu dieser Qualifikation gehören nicht nur *fachliches Wissen* und *technisches Können*, sondern auch eine *persönliche Verfasstheit*, die den ethischen und methodischen Anforderungen des Berufes des/r Psychoanalytikers/in entspricht. Insofern können auch gesellschaftliche und politische Einstellungen und Haltungen zum Kriterium fachlicher Kompetenz werden. Dabei sind insbesondere die Fähigkeit zur Empathie gegenüber Kranken, Belasteten und Unangepassten sowie Solidarität mit dem Leiden der Patienten/innen grundlegend. Insofern hat die DPV das Recht, nicht nur aus historischen Gründen, das Verhalten und die Zugehörigkeit ihrer Mitglieder zu gesellschaftlichen Gruppierungen (Parteien) zu bewerten und zum Maßstab von Verträglichkeit oder Unvereinbarkeit mit ihrem Selbstverständnis von psychoanalytischer Tätigkeit zu erheben.

Nach allgemeiner Überzeugung gehört zur seelischen Reife, die für die Ausübung des Berufes als Psychoanalytiker/in erforderlich ist, die Fähigkeit schuldhaftes Verhalten (individuelle und historische Schuld) wahrzunehmen und zu ertragen, die Verantwortung dafür zu übernehmen und für die weitere Entwicklung zu nutzen. Das, was in der kleinianischen Konzepttradition das Erreichen der *Depressiven Position* genannt wird, gilt allgemein und hat in anderen psychoanalytischen Funktions- und Entwicklungsmodellen des Seelenlebens seine Entsprechung.

Unvereinbarkeit

Unter dem Gesichtspunkt der Anerkennung von Schuld (des Erreichens der Depressiven Position als Voraussetzung seelischen Wachstums) und der Übernahme der damit verbundenen Verantwortung ist die aktive Mitgliedschaft in einer politischen Gruppierung, die Schuld als krankmachend bezeichnet und darauf besteht, dass sie zurückgewiesen werden muss um zu gesunden, nicht vereinbar. Zudem werden von diesen Gruppierungen die historische Notwendigkeit und die Berechtigung eines Schuldeingeständnisses durch Verleugnung in Frage gestellt. Gleichzeitig wird die Geschichte narzisstisch umgedeutet, deren Faktizität verneint oder gegen fremde Schuld aufgerechnet und damit gerechtfertigt. Diese Abwehrvorgänge widersprechen dem psychoanalytischen Bemühen um wahrheitsgemäße Aneignung der Geschichte.

Weil es sich hier um psychoanalytische Ableitungen handelt, die zwar in unserer beruflichen Vereinigung weitgehende Akzeptanz erfahren werden, aber nur schwerlich rechtswirksam geltend gemacht werden können, bleibt dem Verein lediglich die Möglichkeit, Mitglieder, die sich einer rechtsradikalen/-extremistischen Gruppierung anschließen, auf die Unvereinbarkeit bezüglich des Umgangs mit Schuld und Geschichte hinzuweisen und sie aufzufordern, die Gemeinschaft der Deutschen Psychoanalytischen Vereinigung, die sich an ethischen Prinzipien und wissenschaftlichen Maximen orientiert, zu verlassen. Denn die DPV hat sich jene Prinzipien zur Grundlage ihrer professionellen Haltung gemacht, denen die politischen Einstellungen rechtsradikaler Gruppierungen fundamental widersprechen.

Literatur

Bühning, P. (2019): Frage nach der Nützlichkeit. Dtsch Ärztebl 2019; 116(37): A-1575.

Decker, O., Rothe, K., Brosig, B. (2007): »Wie nehmen die Analytiker zu brennenden Zeitfragen Stellung?« Paul Parins Aufsatz von 1978 wiedergelesen. Psyche, 61(12), 1270-1280

Decker, O., Brähler, E. (2018): Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft. Die Leipziger Autoritarismus-Studie 2018. Gießen: Psychosozial-Verlag.

Gauland, A. (2018): Rede beim Kongress der Jungen Alternative am 2. Juni, Internetpublikation: <https://www.afdbundestag.de/wortlaut-der-umstrittenen-passage-der-rede-von-alexander-gauland/> (Aufgerufen am 03.01. 2020).

Hardt, J. (2017): Zweite Postmoderne: Eine vorläufige Mitteilung. In: H. Schnoor (Hrsg), Psychosoziale Entwicklung in der Postmoderne – Psychoanalytische Perspektiven. Psychosozial Verlag: Gießen, S. 39-56.

Höcke, B. (2017): Rede im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Dresdner Gespräche“ der AfD-Jugendorganisation Junge Alternative (JA). Siehe: <https://www.tagesspiegel.de/politik/hoেকে-rede-im-wortlaut-gemuetszustand-eines-total-besiegten-volkes/19273518.html>

Lohl, J., Moré, A. (2014): Unbewusste Erbschaften des Nationalsozialismus Gießen: Psychosozial-Verlag.

Erarbeitet vom Arbeitskreis der DPV zu aktuellen politischen Fragen
(Burkhard Brosig, Georg J. Bruns, Oliver Decker, Michael Günter, Gertrud Hardtmann,
Maria Johne, Reinhard Otte, Andrea Maria Rutsch)

Bis zu seinem Tod arbeitete Jürgen Hardt ganz aktiv in unserer Gruppe mit und war an der Erstellung der Stellungnahme wesentlich beteiligt. Wir danken ihm sehr für die intensive Zusammenarbeit.